



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 20.06.2008	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Hauptamt Abteilung IuK	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	Kämmerei ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler: Dez. I 10 20	Nichtöffentlich: ☐	Vorlage-Nr. 2008/0275 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: **Aufstellung des Haushaltsplanes 2009 / MIP 2008 - 2012**
 b) Vorzuhaltende Finanzmittel für unvorhergesehene Maßnahmen

Vorlage vom: 27.05.2008

Beschlussvorschlag:

- a) Die mittelfristige Investitionsplanung der IuK zur DV-Infrastruktur der Stadtverwaltung für die Jahre 2008-2012 wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die Entscheidung über die Etatisierung wird zu den Haushaltsberatungen 2009 zurück gestellt.

Anlagen: Mittelbedarfsanmeldung für die Jahre 2008 – 2012

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 27.5.2008

a) Aufstellung des Haushaltsplanes 2009/MIP 2008 - 2012

Bereits in den 80er Jahren hat die Stadt Darmstadt die Grundsatzentscheidung getroffen, von der ausschließlichen in Anspruchnahme von Servicerechenzentren abzugehen und eigene Informations- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen und zu betreiben, sofern dies technisch notwendig, sinnvoll und wirtschaftlich ist. Die Entscheidung diene auch zur Festigung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Vorhaltung eines stadteigenen Telefonnetzes, das inzwischen zu einem vollwertigen Kommunikationsnetz ausgebaut wurde, und der technische Fortschritt zur Online-Datenverarbeitung bis hin zur weltweiten Nutzung des Internet hat diese Entscheidung als richtigen Schritt in die Zukunft bestätigt.

Die städtische IuK hat zwischenzeitlich sowohl technisch als auch in Form automatisierter Arbeitsprozesse einen Umfang erreicht, der den Dienstbetrieb und dessen dauerhafte und verlässliche Funktion voll vom Technikeinsatz abhängig macht.

Der rasante technische Fortschritt von Hardware, Software und der weiteren Komponenten wie Netztopologie u. ä. erfordert zwingend weitere zukunftsorientierte Planungen und somit auch Haushaltsanmeldungen.

Trotz „schlanker Finanzressourcen“ müssen für die Aufrechterhaltung bzw. Sicherung der städtischen Funktionsfähigkeit auch Mittel für unvorhersehbare Ereignisse bereit stehen, will man nicht die Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung beeinträchtigen oder im worst case zum Erliegen bringen.

Die entsprechenden finanziellen Vorkehrungen werden von der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsanmeldungen für Haushalt und mittelfristige Investitionsplanung getroffen.

Die Infrastruktur der gesamten städtischen IuK wird im Dezernat I geplant und betreut. Hierzu zählen auch die Haushaltsanmeldungen.

Es besteht die Absicht, diese Infrastruktur zukünftig verursachungsgerecht auf die 6 Dezernate aufzuteilen. Das ist allerdings erst nach erfolgreicher Einführung der Doppik vorgesehen.

Laut Rundverfügung Nr. 16/2008 der Stadtverwaltung können für den Haushalt 2009 nur die Ansätze angemeldet werden, die in der derzeit gültigen Mittelfristigen Investitionsplanung (MIP) 2007 - 2011 vorgesehen sind. Da in der MIP regelmäßig nur ein kleiner Teil der erforderlichen und angemeldeten Investitionen übernommen werden (d. h. die Anforderungen des Fachamtes werden seit Jahren ständig nicht in voller Höhe berücksichtigt), muss zwangsläufig jedes Jahr eine Anmeldung vorgelegt werden, die die Ansätze des MIP überschreitet.

Bei mehrjähriger Betrachtung entsteht so ein großer Investitionsstau.

Bezeichnung	in 1.000€	2006	2007	2008	2009	2010
Anschaffung von Hard- und Software	Bedarf luK	76	85	161	357	199
	„Kürzung“		-9	-85	-281	-123
	Ansatz laut MIP		76	76	76	76
Netzinfrastuktur	Bedarf luK	125	95	200	168	85
	„Kürzung“	-95	-45		-118	-35
	Ansatz laut MIP	30	50		50	50

Alle in der MIP angemeldeten Projekte sind für einen reibungslosen und sicheren Dienstbetrieb unverzichtbar. Zusätzliche Maßnahmen werden seit vielen Jahren nicht mehr geplant.

Aus Sicht der Fachverwaltung werden im Haushalt 2009 907.000 € für die beschriebenen Maßnahmen benötigt. Der weitere Mittelbedarf (MIP) ergibt sich aus der Anlage.

Ein Ausgleich der Mehrkosten innerhalb des Budgets des Dezernates I für Infrastrukturmaßnahmen für die gesamte Verwaltung ist derzeit nicht möglich. Das Dezernat I muss die Kosten für alle Arbeitsplätze der Stadtverwaltung finanzieren.

So sind in der MIP für die Netzinfrastuktur 2009 50.000 € eingestellt (angemeldet 168.000 €)

Daraus müssten unter anderem 30.000 € für die Erneuerung des Speichers für die zentrale Datensicherung in Bessungen, der TSM-Datensicherungsserver für 18.000 € sowie Netzwerkkomponenten in Bessungen und Grafenstraße für 100.000 € finanziert werden.

Die Netzwerklizenzen sind mit einer Upgrade Protection vor einer Neulizenzierung geschützt. Dieses Geschäftsmodell kostet ca. 75 € pro Arbeitsplatz, wofür jährlich ein Betrag von 116.000 € für alle 1600 Arbeitsplätze notwendig wäre. 2008 wurde der hierfür eingeplante Betrag nicht berücksichtigt.

Für Dezember 2008 sind neue Softwareversionen angekündigt, dadurch werden in 2009 bereits 280.000 € für einen Versionsupgrade benötigt.

Durch eine Lizenzmodellumstellung mit Softwarebundelung (OpenWorkgroup Suite) können die Kosten auf 210.000 € begrenzt werden. Danach könnte durch eine entsprechende vertragliche Absicherung der notwendige Betrag wieder auf 116.000 € reduziert werden.

Die schnelle technische Entwicklung erzwingt oft einen Upgrade der Softwareversionen. Wird deshalb die wirtschaftlich sinnvollere Möglichkeit des Upgrade Protection nicht genutzt, führt dies zu einer späteren Neulizenzierung mit entsprechend noch wesentlich höheren Kosten.

b) Vorzuhaltende Finanzmittel für unvorhergesehene Maßnahmen

Die Mittel des Ergebnishaushaltes der IuK sind zum größten Teil in Miet- und Wartungsverträgen für Server und stadtweit genutzte Software, Datenbanken, Sicherungssystemen bzw. Datenübertragungskosten für den reibungslosen Dienstbetrieb der IuK vertraglich gebunden. Ein kleiner Teil war für unvorhergesehene nicht planbare Ereignisse vorgesehen. Aus diesen Mitteln wurden für die Planung 2008 bereits 25.000 € eingespart.

In den letzten Jahren kam es zu keinen größeren Störungen. Wenn hier allerdings keine Mittel für eine kurzfristige Reaktion mehr vorhanden sind, kann es bei einer eintretenden Störung zu empfindlichen Beeinträchtigungen des Dienstbetriebes bis hin zum Erliegen kommen. Vor einem entsprechenden Auftrag erst noch überplanmäßige Mittel beantragen zu müssen, würde einen Stillstand bis zur Genehmigung bedeuten, der eventuell die komplette Stadtverwaltung betreffen würde.

Daher kann für eine seriöse Planung der Finanzmittel für 2009 keine weitere Kürzung mehr verkraftet werden.

Beispiele:

1. Derzeit sind ca. 30 Dienststellen über LWL und Kupferkabel (DSL) vernetzt. Über dieses Netz laufen die Serverzugriffe, die Internetzugriffe, oder z. B. publikumsintensive Verfahren Einwohnerwesen und Ausländerwesen bei der ekom21. Eine Kabelstörung oder ein defekter Switch würden genügen, um z. B. das Bürger- und Ordnungsamt arbeitsunfähig zu machen. Seither konnten diese Risiken durch die geplanten und vorgehaltenen Reserven und Reaktionsmöglichkeiten im ehemaligen Verwaltungshaushalt minimiert werden. Weitere Kürzungen machen das unmöglich und somit steigt das Ausfallrisiko und ggfls. die Ausfallzeit.
2. Der stetige Wandel bei Hard- und Software erfordert Anpassungen, die nur in Form von Wartungsverträgen wirtschaftlich sinnvoll sichergestellt werden können. Alternativ wäre ein Neukauf in kurzen Abständen erforderlich. Das ist in höchstem Maße unwirtschaftlich und erfordert permanent Mittel im Investitionshaushalt.

Bis zur Verteilung der Kosten für Infrastrukturmittel auf alle Kostenstellen, wie sie ja in der Zukunft mit der inneren Leistungsverrechnung geplant ist, müssen bei der IuK Mittel für Infrastruktur verbleiben, die nicht nur aus dem Dezernat I gegenfinanziert werden. Ansonsten würden einige Ämter, die „zufällig“ dem gleichen Dezernat wie die IuK angehören, die Last für alle tragen.

Darmstadt, den 27.5.2008

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister